

DER SPRINGENDE Nürnberg SPD PUNKT

» KOMMUNALES

Kooperationsverhandlungen
im Nürnberger Rathaus

» AUS DEM LANDTAG

Die SPD-Forderungen um
gut durch die Corona-Krise
zu kommen



Liebe Leserinnen
und Leser,

die Rathaus-Gespräche über die zukünftige Zusammenarbeit nahmen leider eine überraschende Wendung: Die Grünen haben sich gegen ein gemeinsames 3er-Bündnis entschieden und ihre Entscheidung in der Mitte der Verhandlungen an einem Personalwunsch der CSU scheitern lassen. Wir verhandeln nun zu zweit weiter und werden als SPD dabei natürlich auch weiterhin die kollegiale Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften im Rathaus suchen.

Das Wahlergebnis und der Verlust des OB-Sessels geht für die SPD-Stadtratsfraktion auch mit einem Rollenwechsel einher. Ich habe mich deshalb dafür entschieden, meine persönlichen und zeitlichen Ressourcen voll und ganz auf die Rathausarbeit zu konzentrieren und den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Den Parteivorsitz werde ich bei der nächsten Jahreshauptversammlung, die wir hoffentlich im Herbst einberufen können, übergeben.

Euer

Thorsten Brehm



**SOLIDARITÄT
IST GEFRAGT!**

Nicht nur die Politik ist gefragt, sondern auch die Gesellschaft und jede und jeder Einzelne von uns: Das Coronavirus ist vor allem für Menschen ab 60 Jahren, Vorerkrankte und Menschen mit Behinderung eine Gefahr. Diese Gefahr ist umso besser zu bannen, je weniger Erkrankungen es auf einen Schlag gibt. Dann entstehen in unserem gut ausgebauten Gesundheitswesen keine Engpässe für eine schnelle und erfolgreiche Behandlung derer, die auf eine intensivmedizinische Versorgung angewiesen sind. Das ist der Grund, warum die sozialen Kontakte gerade weitgehend eingeschränkt sind.

Wir können bei aller gebotenen Vorsicht viel

Gutes tun, indem wir besonders ältere und hilfsbedürftige Menschen in den kommenden Tagen unterstützen: Einkäufe erledigen zum Beispiel, Rezepte vom Arzt oder Medikamente aus der Apotheke holen – oder auch einfach mal miteinander telefonieren und ein offenes Ohr haben.

Wer helfen möchte, kann einen Aushang im Hausflur machen oder eine Nachricht in den Briefkasten werfen. Hilfreich sind auch WhatsApp- oder Telegrammgruppen, um sich in der Nachbarschaft gegenseitig zu informieren und zu unterstützen. Wir haben einige nützliche Informationen zur Nachbarschaftshilfe zusammengetragen. >>

CORONA-HOTLINE

Die Stadt Nürnberg hat eine Hotline für ehrenamtliche Hilfsangebote eingerichtet. Wer Hilfe braucht oder selbst Ältere und Hilfesuchende unterstützen möchten, kann sich telefonisch oder per E-Mail an die Hotline wenden:

Telefon: 0911 231 2344

(Montag bis Samstag, 10 – 18 Uhr)

E-Mail: engagiert@stadt.nuernberg.de

NACHBARSCHAFTSPLATTFORM NEBENAN.DE

In ganz Deutschland haben sich tausende Menschen gemeldet, die bereit sind, für andere einzukaufen zu gehen, den Hund auszuführen oder auf die Kinder aufzupassen. Die Angebote stehen auf Websites wie www.nebenan.de. Die Nachbarschaftsplattform bietet die Möglichkeit, sich unkompliziert zu vernetzen und Nachbarschaftshilfe zu leisten. Für alle, die von Corona betroffen sind und Unterstützung benötigen, gibt es eine Corona-Sonderseite mit Hilfe-Gesuchen nach Postleitzahlen sortiert. Und für Menschen ohne Internetanschluss eine Hotline:

Telefon: 0800-866 55 44

JETZT TAFELN UNTERSTÜTZEN

Die Ausbreitung des Coronavirus ist auch für die Tafeln eine Herausforderung. Viele sind derzeit geschlossen. Die Tafeln rufen vor allem junge Menschen dazu auf, sie zu unterstützen. Beispielsweise um Lieferdienste einzurichten oder auszuweiten, Lebensmittel in Tüten zu packen und im Hof unter freiem Himmel auszugeben. Jetzt melden und mithelfen:

www.tafel.de/themen/coronavirus

SPENDEN FÜR TOGO

Die Corona-Krise hat mittlerweile auch Togo stark getroffen. Die Krankenhäuser sind nur ungenügend mit medizinischen Materialien ausgestattet und auch im Alltag fehlt es an Masken, Desinfektionsmitteln und Waschbehälter zum Hände waschen.

Die Nürnberger Organisation Action Développement Togo (AcD Togo) e.V. hilft nun Betroffenen. Der Verein freut sich deshalb über Spenden, die direkt an Betroffene der Region weitergeleitet werden.

Das Spendenkonto dafür ist folgendes:
AcDTogo e.V.

IBAN DE81 1203 0000 1033
2849 67

Jeder Beitrag hilft!

FREIWILLIGE HELFEN JETZT

Wer derzeit einen Freiwilligendienst leistet und wegen der Corona-Krise zu Hause bleiben muss, kann über eine neue Online-Plattform einen anderen Einsatzort finden. Auf www.freiwillige-helfen-jetzt.de kann sich anmelden, wer gerade den Bundesfreiwilligendienst, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in einer Einrichtung absolviert, die vorübergehend geschlossen hat. Hilfeeinrichtungen können sich ebenfalls melden. Wer nicht in einem Dienstjahr ist, aber dennoch helfen will, kann sich auf der Plattform www.hilf-jetzt.de anmelden.

Mehr Tipps für einfache und praktische Nachbarschaftshilfe in Zeiten der Coronakrise gibt es außerdem hier:
www.tagdernachbar.de

Solidarität heißt: Wir halten zusammen!

„CORONA VERSCHLEIERT EINE INVASION!“

WAS FAKES BEHAUPTEN:

- Es läuft gerade eine geheime Militärmission der US-Armee namens 'Defender 2020'
- Im Internet kann man Bilder von Lastern sehen, die vor allem Nachts fahren - das ist verdächtig
- Mit 'Defender' wollen die USA bis Ostern ganz Europa einnehmen - Corona soll das verschleiern

WAS STIMMT:

- 'Defender 2020' ist eine NATO-Militärübung unter Beteiligung von 19 Staaten (u.a. den USA) und 37.000 SoldatInnen, die seit Januar 2020 dauert. Dabei geht es v.a. um das Trainieren von Truppentransporten, in diesem Fall nach Polen und ins Baltikum.
- An 'Defender 2020' ist nichts geheim: NATO, US-Armee und Bundeswehr haben die Mission bereits im Oktober 2019 angekündigt, Medien haben immer wieder breit berichtet. Auch während der Operation haben sich die Verantwortlichen immer wieder an die Öffentlichkeit gewandt (in den Medien und über soziale Netzwerke).
- Um Staus und Verkehrsbehinderungen für die Bevölkerung zu minimieren, fanden die Truppenbewegungen mit Fahrzeugen nachts statt.
- Das Corona-Virus hat die 'geheime Invasion' inzwischen lahmgelegt: Die US-Armee hat am 13.3. alle Verlegungen von Soldat*innen und Material nach Europa gestoppt und bestimmte Übungsteile ganz eingestellt. Laut Bundeswehr entfallen auch in Deutschland vorgesehene Übungsteile ganz.

**Achtung vor Fake News zu Corona!
Verbreitet keine ungesicherten Informationen!
Gesicherte Informationen gibt es bei der
Bundesregierung und dem Robert-Koch-Institut!**

SPD



FAKE

NEWS

ZU

CORONA

Der globale Ausbruch des als ‚Corona‘ bekannten Virus Covid-19 stellt die Welt vor eine riesige Herausforderung – auch uns in Deutschland. Es muss uns gelingen, die Verbreitung der Krankheit über einen möglichst großen Zeitraum zu strecken, damit sich nicht zu viele Menschen auf einmal anstecken und unser Gesundheitssystem überlasten. Dafür ist es wichtig, dass wir alle die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen befolgen: zuhause bleiben, soziale Kontakte im Analoge einschränken, Abstand zu Mitmenschen halten.

Außerdem ist es in Zeiten wie diesen enorm wichtig, das eigene Verhalten beim Konsum und bei der Verbreitung von Informationen zu überprüfen. Leider tauchen im Netz immer wieder Falschbehauptungen oder ‚Fake News‘ auf, die Menschen in Bezug auf Corona in die Irre führen. Da wird behauptet, das Virus sei ungefährlich, nichts anderes als die Grippe, für junge Menschen kein Problem und dass Bier gegen das Virus helfe. Solche und andere Falschinformationen können gravierende Folgen für uns alle haben, denn die Lage ist ernst. Viel zu ernst für Lügenmeldungen, die ungeprüft weiterverbreitet werden. Das Virus ist Realität und im Ernstfall tödlich. „Da glaube ich irgendwie nicht dran“ ist keine Kategorie für Corona.

<< Die Faktenchecks >>

„CORONA IST GAR NICHT GEFÄHRLICH!“

WAS FAKES BEHAUPTEN:

- Corona ist keine tödliche Krankheit
- Private Partys sind ungefährlich
- Ibuprofen verschlimmert Corona
- Die Supermärkte schließen bald

WAS STIMMT:

- "Bei den bisher hauptsächlich aus China berichteten Fällen verliefen vier von fünf Infektionen mild. Bei einem Teil der Patienten kann das Virus zu einem schwereren Verlauf mit Atemproblemen und zu Lungenentzündung führen. **Todesfälle traten bisher vor allem bei Patienten auf, die älter waren und/oder bereits zuvor an chronischen Grunderkrankungen litten.**" (Bundesgesundheitsministerium)
- "Es ist nicht sinnvoll (...) zu sich nach Hause einzuladen oder zu anderen Festen zu gehen, bei denen sich viele Menschen treffen. Bitte tun Sie das nicht. **Blieben Sie möglichst zu Hause.**" (Robert-Koch-Institut)
- "Es gibt keine Daten dazu. Dieses Virus ist neu – aber andere Corona- und Erkältungs-Viren kennt man. Und auch da gibt es **keinen Hinweis darauf, dass Ibuprofen-Einnahme da irgendetwas verschlechtern würde.**" (Prof. Dr. Christian Drosten, Leiter des Instituts für Virologie der Charité Berlin)
- Supermärkte werden "ausdrücklich nicht geschlossen" - wie ebenso u.a. Lieferdienste, Apotheken und Banken. "Vielmehr sollten für diese Bereiche die **Sonntagsverkaufsverbote bis auf weiteres grundsätzlich ausgesetzt werden.**" (Bundesregierung)

**Achtung vor Fake News zu Corona!
Gesicherte Informationen gibt es bei der
Bundesregierung und dem Robert-Koch-Institut!**

SPD



„CORONA IST BLOß PANIKMACHE!“

WAS FAKES BEHAUPTEN:

- Corona ist nicht gefährlicher als die Grippe
- Ich bin jung, ich kann Corona nicht kriegen
- Man kann sich noch draußen mit Leuten treffen
- Im Netz gibt es Selbst- und Schnelltests zu kaufen

WAS STIMMT:

- Gegen die Grippe gibt es Impfungen. **Gegen Corona bzw. Covid-19 gibt es "bisher keine zugelassenen Impfstoffe oder Therapien."** (Weltgesundheitsorganisation)
- Menschen **aller Altersgruppen** können an Covid-19 erkranken. "Besonders gefährdet sind Menschen höheren Alters (60+) und jene, die bereits von Grunderkrankungen betroffen sind." (Bundesgesundheitsministerium)
- "Setzen Sie im Alltag unbedingt die Maßnahmen der Bundesregierung um, halten Sie immer mindestens **eineinhalb Meter Abstand** zu anderen Menschen, **meiden Sie soziale Kontakte. Bleiben Sie zu Hause**, wenn Sie Symptome zeigen. **Schützen Sie alte und gefährdete Menschen.**" (Robert-Koch-Institut)
- "Bisher gibt es **keinen Schnelltest oder Selbsttest auf das Coronavirus!** Vertrauen Sie bitte keinen Nachrichten, die dies behaupten." (Bundesgesundheitsministerium)

**Achtung vor Fake News zu Corona!
Verbreitet keine ungesicherten Informationen!
Gesicherte Informationen gibt es bei der
Bundesregierung und dem Robert-Koch-Institut!**

SPD



HELFEN IM UNTERGRUND: DAS ENDE DER NÜRNBERGER AWO (TEIL 2)

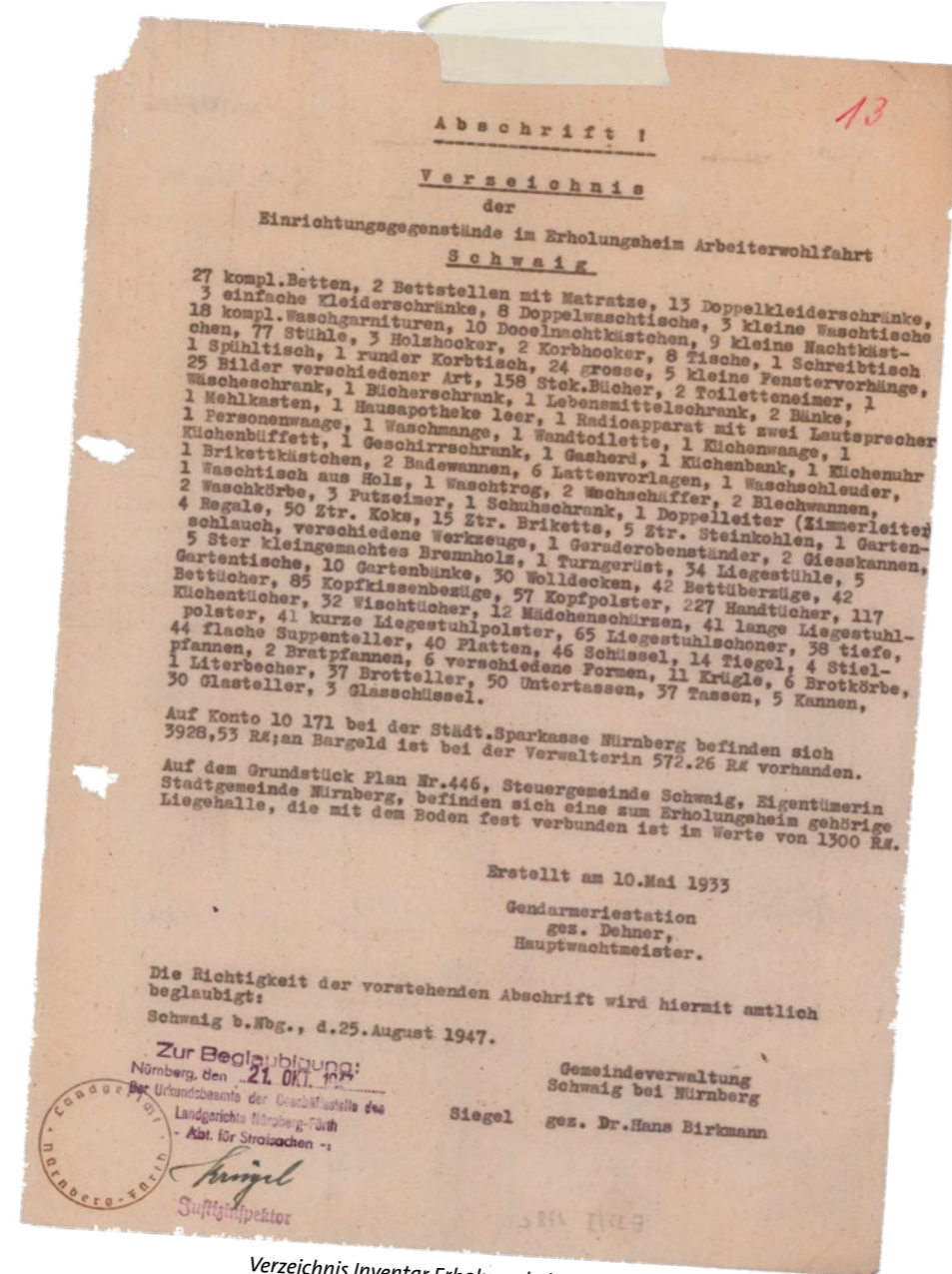
von KERSTIN GARDILL

Zusammen mit Marie Brand, eine Mitbegründerin der Nürnberger AWO, arbeitete Gretl Leicht trotz des Verbotes weiter. Sie schilderte diese Tage so: „Nach den schlimmsten Tagen suchten wir uns wieder ein Büro, zwei Kellerräume. (...) Hatten wir doch für 12 arme Konfirmandinnen die Kleider zu besorgen. Alle jüdischen Geschäfte waren von den Frauen der Frauenschaft umstellt. (...) Zweimal musste ich das jüdische Kaufhaus betreten, um 12 Kleider herauszuschaffen. Die Frauen, die den Eingang versperrten, waren schlimmer als Furien. Sie beschimpften und bespuckten mich als 'Judensau'. Aber im Herzen siegte ich doch, als ich den Kindern die Kleider übergab. Ihre Augen strahlten vor Freude.“ Doch damit nicht genug: Mittlerweile hatte Leicht federführend die Aufgabe übernommen, Frauen und Kindern zu helfen, deren Männer bzw. Väter nach wie vor eingesperrt waren. Diese Familien bekamen selbstredend keinerlei Unterstützung vom Naziregime. Gretl Leicht fuhr kurzerhand mit dem Fahrrad quer durch Nürnberg und überbrachte den Familien monetäre Unterstützung. In ihren Erinnerungen schreibt sie: „Immer darauf bedacht, nicht gesehen zu werden. Nach 4 – 5 Monaten besuchte ich wieder die Familien, um die zweite Geldunterstützung zu bringen. Während dieser Zeit lernte ich viel Not und Elend kennen.“

Verhaftung

„Ich tue ja nichts Böses, sondern helfe nur den Frauen und Kindern“, antwortete Gretl Leicht auf die Frage der unterstützten Familien, was denn passiert, wenn die Nazis sie bei ihrer Hilfestellung erwischen würden. Um die Familien zu schützen, hatte Leicht bereits Vorkehrungen getroffen indem sie auf den Empfängerlisten nicht die Namen der Familien nannte, sondern nur Nummern vergab. Daran sich selbst zu schützen hatte sie nicht gedacht:

Am frühen Morgen des 25. April 1934 sollte es mit Leichts Hilfe vorbei sein: „(...) früh morgens um 4 Uhr wurde ich von der Gestapo verhaftet. Mein Zimmer wurde durchsucht, alle Bücher, Bilder, Zeitschriften, sogar mein Sparbuch und mein erspartes Geld wurde mitgenommen. Alles wurde in ein offenes Auto verfrachtet, auch ich.“ Leicht musste sich während ihrer Gefangenschaft körperlichen Untersuchungen und Verhören



Verzeichnis Inventar Erholungsheim Schwaig
Bild: Stadtarchiv Nürnberg

unterziehen. Sie wurde nach dem Verbleib der AWO-Gelder gefragt, ob sie wüsste wo sich der AWO-Geschäftsführer aufhielt, und ob die AWO an der Verteilung der sozialdemokratischen Zeitschrift „Vorwärts“ beteiligt ist. Leicht empfand diese Zeit als die schlimmste in ihrem Leben. Glücklicherweise konnte sie bis zum Ende des Naziregimes überwiegend weiterleben. Hilfestellung für Notleidende war jedoch nicht mehr möglich.

Aus für Nähstuben, Kindergarten und Erholungsheim

Das Jahr 1933 bedeutet auch das Aus der wichtigsten sichtbaren Strukturen der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt: Ebenso wie

Martin Bächer erhielt auch Anna Schwarm ein Schreiben, das sie umgehend freistellte. Das wiederum bedeutete das Ende der zahlreichen gemeinnützigen Nähstuben, die sich nahezu über das gesamte Nürnberger Stadtgebiet erstreckten. Das Schreiben vom 10. April 1933 zeichnete der Nationalsozialist Willy Liebel gegen, der mittlerweile auf dem Nürnberger Oberbürgermeistersessel saß. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten endete auch die Zeit des AWO-Kindergartens „Am Bauernwald“: Zusammen mit ihrer Kollegin Martha Renner versuchte die Leiterin des Kindergartens, Gunda Fuchs zu retten, was zu retten war: „Wir Angestellte im Kindergarten Bauern-



Bild: AWO Nürnberg

wald hatten das dumpfe Gefühl, daß auch unser schöner Kindergarten von der Zerstörungswut der Nazis nicht verschont bleiben wird. Wir sagten uns: `von unserem Kindergarten bekommen die Nazis nur ein leeres Haus`. Gesagt, getan! Jedes Kind bekam sein Stühlchen mit nach Haus und bei Geschwistern, wurde auch das Tischchen mitgeben. Das gesamte Spielmaterial wurde zur Freude der Kinder ebenfalls verteilt. Dann kam die Abschiedsfeier für die Kinder und deren Eltern. Stadträtin Anna Schwarm von der SPD hielt eine Ansprache und löste offiziell den Kindergarten auf. Mit dem Lied: `Muß i denn, muß i denn zum Städtle hinaus.` verließen wir den Kindergarten. Es gab viele Tränen.“

Die Nationalsozialisten betrieben den Kindergarten unter ihrer Führung weiter. Ähnlich ging es auch dem Erholungsheim in Schwaig. Allerdings gelang es hier nicht, das Inventar vor Ankunft der Nationalsozialisten zu verschenken oder zu verstecken. Es liegt uns deswegen eine detaillierte Auflistung

über die Gegenstände vor, die die Nationalsozialisten auffanden, als sie das Heim betraten: Unterzeichnet ist dieses Verzeichnis vom für diesen Bereich zuständigen Hauptwachtmeister Dehner. Unter anderem werden hier aufgeführt: „27 komplette Betten, (...) 77 Stühle, (...) 158 Stück Bücher, (...) 24 große, 5 kleine Fenstervorhänge, (...) 24 Liegestühle, (...) 34 Liegestühle, (...) 227 Handtücher. Ähnlich wie beim Kindergarten Bauernwald, erkannten die Nationalsozialisten das Potential des Heimes und wollten es weiter betreiben. Der Schriftverkehr darüber liegt vor. Ob es tatsächlich so geschehen ist, entzieht sich zu diesem Zeitpunkt meiner Kenntnis – ich gehe aber davon aus.“

Widerstand zu leisten wurde ab diesem Zeitpunkt immer schwerer: Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden verhaftet und kamen ins Konzentrationslager nach Dachau. Oft wurden sie nach einigen Monaten wieder frei gelassen, mussten aber ihren Pass abgeben, sich regel-

mäßig im sogenannten „Braunen Haus“ melden und durften ihrer Arbeit nicht nachgehen. Hausdurchsuchungen standen häufig auf der Tagesordnung. Auch Gunda Fuchs war regelmäßig davon betroffen.

Kontakte untereinander bestanden aber nach wie vor: So traf man sich im Tabakladen des Sozialdemokraten August Meier und hinterließ sich dort Nachrichten. Oder man verabredete sich zu Spaziergängen, um sich wenigstens kurz austauschen zu können. Die Tatsache, dass die persönlichen Kontakte auch während der dunklen Zeit nicht abrisen, hat sicherlich maßgeblich dazu beigetragen, dass die Nürnberger Arbeiterwohlfahrt direkt mit dem Ende des Nationalsozialismus wieder das tat, wofür sie da war: Helfen. Wie schon zur Zeit ihrer Gründung stand sie wieder vor dem Nichts: Wieder gab es keine Strukturen und keine finanziellen Mittel. Doch die Nürnberger AWO war schwierige Umstände gewohnt und konnte damit umgehen. Mehr dazu im nächsten dsp.



KOOPERATIONSVERHANDLUNGEN IM NÜRNBERGER RATHAUS: WIR WERDEN WEITER VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Nach Ansicht des neugewählten SPD-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Brehm kommen herausfordernde Zeiten auf die Stadtpolitik zu. „Viele Menschen in der Stadt haben derzeit sehr existenzielle Sorgen ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder mit ihrem Unternehmen diese schwierige Zeit nicht zu überstehen. Im Stadthaushalt zeichnen sich massive Einnahmeverluste ab. Gerade jetzt wollen und müssen wir als SPD im Rathaus Verantwortung übernehmen und die Stadt durch die Corona-Krise führen“, unterstreicht Brehm. „Die 3er-Kooperationsgespräche mit CSU und Grünen in der Mitte der Verhandlungen an einer streitbaren personellen Einzelfrage und einem kurzfristigen Ultimatum scheitern zu lassen, stand und steht für uns in keinem Verhältnis.“

Zuvor näherten sich SPD, CSU und Grüne bei den Verhandlungen um die inhaltlichen Zukunftsprojekte und die Zusammensetzung der Stadtspitze an. Gerade bei den programmatischen Vorstellungen gab es nur wenige unüberbrückbare Differenzen zwischen den Parteien. Vor allem auch beim Thema Stadtgrün und dessen Pflege

gab es gemeinsame, konstruktive Ansätze. Umso überraschender und bedauernswerter war der Schritt der Grünen.

„Für uns als SPD gab es bezogen auf die Schaffung eines Stadtrechtsdirektoriums von Beginn an viele offene und kritische Fragen. Ob wir diesem und seinem fachlichen Zuschnitt zustimmen werden, hängt für uns bis heute davon ab, ob das Gesamtpaket eines möglichen Kooperationsvertrags inhaltlich wie personell für die Sozialdemokratie akzeptabel ist“, unterstreicht der Sozialdemokrat.

Klar ist für die SPD, dass die Stadt wie bisher unter Oberbürgermeister Maly internationale Solidarität zeigen und Ermessensspielräume im Ausländer- und Asylrecht zugunsten der Menschen, die sich bei uns integrieren und arbeiten möchten, nutzen sollte.

Die SPD schlägt deshalb in Sachen Ausländerrecht ein kommunales Gremium zur Härtefallbesprechung vor. „Immer wieder kommt die Kritik auf, dass die städtische Ausländerbehörde Ermessensspielräume

nicht zugunsten der Betroffenen nutze“, weiß Brehm. „Wir wollen deshalb im Rahmen des rechtlich Möglichen Transparenz schaffen und ein Gremium aus Verwaltung und Fraktionsvertreterinnen bzw. Vertreter einrichten, in das Fälle eingebracht werden können.“ Die Gruppe soll über mögliche Lösungen asyl- und ausländerrechtlicher Probleme im vorhandenen gesetzlichen Rahmen beraten und auf kommunaler Ebene nicht lösbare Fälle ggf. zur Vorlage bei der Bayerischen Härtefallkommission (HFK) vorbereiten.

Unabhängig von einer Kooperationsvereinbarung ist der SPD ganz grundsätzlich die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften im Rathaus wichtig. „Einen Politikstil, in dem sich Regierung und Opposition grundsätzlich beharken, haben wir in Nürnberg nicht gepflegt und sollten es auch zukünftig nicht tun. Uns sind deshalb der fachliche Austausch und das Suchen nach Gemeinsamkeiten mit den anderen Parteien, der AfD ausgenommen, sehr wichtig“, betont der Partei- und Fraktionschef.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Wusste die Bundeskanzlerin schon vor Jahren über den kommenden Ausbruch der Pandemie Bescheid? Handelt es sich um eine Verschwörung „der Politik“, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und das Bargeld abzuschaffen und die ganze Bevölkerung zwangs-impfen zu können? Das sind nur einige der derzeit im Internet kursierenden „Fragen“ und Falschmeldungen. In der Krise haben diese Fakenews – leider – Hochkonjunktur.

Die Krise wird dazu genutzt, Verschwörungstheorien unter die Leute zu bringen. Das soll unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zersetzen. Oft stecken hinter diesen Theorien Rechtspopulisten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat die vielen Falschinformationen sogar als „Infodemie“ bezeichnet.

In Deutschland geht es bei den Falschmeldungen zum Beispiel um Behauptungen von Wissenschaftlern, die sich im Internet bei der Videoplattform Youtube zu Wort melden und das Virus für harmlos erklären. Ihre Beiträge halten einem Faktencheck nicht stand.

Es geht aber noch weiter. So absurd sich das für uns anhört: Rechtsradikale behaupten, Angela Merkel habe Flüchtlinge ins Land geholt, um das Corona-Virus zu verbreiten und in der Folge einen Polizeistaat zu schaffen, alle Menschen zwangszuimpfen und ihnen elektronische Chips einzusetzen. Insbesondere Rechtspopulisten widersprechen sich aber oft selbst: Einerseits fordern sie die Aufhebung aller Beschränkungen, da das Virus wahlweise harmlos oder erfunden sei. Auf der anderen Seite aber hetzen sie dagegen, dass jetzt nur wegen des muslimischen Ramadans die Kontaktsperre aufgehoben und die Bevölkerung in Gefahr gebracht werden solle. Letzteres ist natürlich frei erfunden.

Besonders gefährlich sind die sogenannten „Reichsbürger“, die den deutschen Staat ablehnen. Sie verbreiten Verschwörungstheorien und diese können einerseits dazu führen, dass Menschen das Virus nicht ernstnehmen und in der Folge sich und andere anstecken. Verschwörungstheorien sind aber auch die Grundlage für Gewalttaten, zumal auch Hetze verbreitet wird, wonach wahlweise Ausländer oder „die Juden“ am Virus Schuld seien: Täter sehen sich in ihrer Gedankenwelt als Opfer, die zur Notwehr gegen den Staat greifen müssen und töten Menschen. Im Bereich der Reichsbürger gibt es zudem extreme „Prepper“, die sich mit Waffen eingedeckt haben und auf einen Bürgerkrieg hoffen, wie der Verfassungsschutz berichtet.



WAS TUN GEGEN CORONA-FAKENEWS?

Wie kann man sich vor Desinformation schützen?

Es kommt auf die richtigen Quellen an. Jeder kann alles Mögliche ins Netz schreiben. Wenn mir eine Information komisch vorkommt, schaue ich zunächst nach der Quelle oder nach Belegen. Falsch-Informationen mangelt es aber sehr oft an Quellenangaben.

Lohnend ist meistens, nach entsprechenden Informationen bei solchen Portalen zu suchen, denen man vertraut: Qualitätsjournalismus, öffentlich-rechtliche Medien, Robert-Koch-Institut, Gesundheitsministerium usw. Staatliche Behörden und seriöser Journalismus müssen ihre Aussagen – anders als Stimmen aus dem Internet – mit Fakten untermauern können und machen das auch. Mittlerweile gibt es auch sehr gute Faktenchecker im Netz. Die besten finde ich den ARD-Faktenfinder, den BR-Faktenfuchs,

Correctiv und Mimikama (findet man alle ganz einfach über Google).

Wenn man sich die Mühe machen möchte, gegen Falschmeldungen im Netz oder über Messenger-Dienste vorzugehen, hilft es, sich wie beschrieben schlau zu machen. Und dann gilt es, besonnen, rational und freundlich zu argumentieren. Das kann helfen, manchmal ist man aber machtlos. Eingefleischte Verschwörungstheoretiker halten jeden Beleg, der ihrer Theorie widerspricht für einen Beweis („Meine Theorie muss richtig sein, weil das von der Regierung gesteuerte Robert-Koch-Institut ihr widerspricht“).

Und ganz wichtig, egal, ob man auf Fakenews in den Kommentarspalten reagiert oder im Familienchat: Die Falschmeldung nicht wiederholen und sie nicht weiter verbreiten.

Bleibt gesund!



LASTENRÄDER FÜR DIE BAYERISCHEN BEHÖRDEN UND VERWALTUNGEN

von ARIF TASDELEN, MdL

Liebe Genossinnen und Genossen,

die parlamentarische Arbeit steht in der aktuellen Corona-Krise nicht still. Der Landtag kommt in reduzierter Größe weiterhin zur Beratung von Gesetzen und Anträgen zusammen, Fraktionssitzungen finden per Telefonkonferenz statt und die Ausschüsse werden ihre Arbeit nach den Osterferien wieder aufnehmen.

Momentan steht im Bayerischen Landtag das Abfedern der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie an erster Stelle. Trotzdem möchte ich auch in der aktuellen Krisenzeit anderen Themen Aufmerksamkeit schenken und parlamentarisch vorantreiben. So habe ich die Staatsregierung gebeten zu prüfen, an welchen bayerischen Behörden, Verwaltungen, Universitäten sowie Hochschulen neue Lastenräder mit Elektroantrieb dauerhaft für den Lastentransport eingesetzt und von den Mitarbeiter*innen und Vertreter*innen der Studierenden genutzt werden könnten.

Lastenräder werden im Freistaat immer beliebter. In vielen Städten sind sie aus dem Straßenbild nicht mehr wegzudenken. Auch

auf Nürnberg trifft das zu: Die Fördermittel für die Lastenradförderung der Stadt Nürnberg waren im März bereits nach kurzer Zeit ausgeschöpft und es gibt aktuell eine lange Warteliste für Nachrücker. Neben der Stadt, die die Anschaffung von Lastenrädern finanziell unterstützt, bietet z. B. der Nürnberger Verein Bluepingu e.V. Lastenräder zur kostenfreien Nutzung an.

In Nürnberg wird ein wichtiger Beitrag zur Förderung der umweltfreundlichen Mobilität geleistet. Ich finde, der Freistaat sollte sich hieran ein Beispiel nehmen und an den Behörden und Verwaltungen im Freistaat Lastenräder mit Elektroantrieb zur Verfügung stellen. Bisher werden nämlich selbst für kurze, innerstädtische Materialtransporte die Dienst-Pkws genutzt. Dabei könnten diese Wege auch ohne großen Aufwand mit E-Lastenrädern zurückgelegt werden. Langfristig werden die Pkws an den Dienststellen durch den Einsatz von E-Lastenrädern überflüssig. Ich bin mir sicher, dass dadurch mindestens ein bis zwei Dienstkraftfahrzeuge an den Dienststellen eingespart werden können.

Zurzeit können sich die Bediensteten der FAU in Erlangen Lastenräder für den Transport zwischen den verschiedenen Standor-



ten der Universität lediglich bei der Stadt ausleihen. Diese sind aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern so beliebt, dass sie oft bereits entliehen sind. Ich bin deshalb überzeugt, dass auch im öffentlichen Dienst das Angebot der Lastenräder für den Lastentransport vielfach genutzt werden würde. Der Freistaat Bayern kann hier zum Vorbild für andere Arbeitgeber sowie Kommunen werden und zu einer umweltfreundlicheren Mobilität beitragen.

Arif Tasdelen
Euer Landtagsabgeordneter

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Der Bayerische Landtag reagiert auf die Corona-Krise mit einem neuen Infektionsschutzgesetz, das die Basis der bereits im März eingeleiteten Maßnahmen bildet, und mit einem Nachtragshaushalt, in dem Mittel zum Abfedern der Folgen zur Verfügung gestellt werden. Diskutiert werden noch einige einzelne Maßnahmen, die genaue Verwendung der Mittel und der richtige Weg zurück aus den Einschränkungen. Ich will euch mit diesem Beitrag einen Überblick über die Initiativen der SPD-Landtagsfraktion in dieser Diskussion geben. Tagesaktuelle Informationen zu den Beschlüssen des Landtags und der Position der SPD findet ihr auf der Homepage der Landtagsfraktion unter dem Link: www.bayernspd-landtag.de/corona/

Gesundheitsschutz der Bevölkerung stärken

Die SPD-Fraktion fordert zum Schutz besonders gefährdeter Gruppen spezielle Hilfspläne für Ältere und Alleinstehende sowie Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung. Nach dem Aufnahmestopp in Altenheimen, Pflegeheimen und stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderung müssen menschenwürdige Lösungen gefunden werden und pflegende Angehörige besonders unterstützt werden. Die SPD verliert dabei nicht aus den Augen, dass die Ausgangsbeschränkungen Folgen auf die psychische Gesundheit haben. Deshalb sollen Beratungs- und Hilfsangebote für psychische Belastung ausgebaut werden.

Soforthilfen für die Wirtschaft

Wir unterstützen den bayerischen Schutzschirm und die darin enthaltenen Corona-Soforthilfen für die Wirtschaft, drängen aber darauf, dass all diese Maßnahmen sozial ausgewogen gestaltet werden. Über die Soforthilfen hinaus setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für ein Investitions- und Konjunkturpaket ein. Bereits zu Beginn der Krise haben wir ein Konzept vorgelegt, mit dem vor allem der Mittelstand unterstützt werden soll. Mit diesem Geld soll der Freistaat Arbeitsplätze sichern, den Konsum ankurbeln und geplante Investitionen vorziehen.

Unterstützung für Kommunen

Nach der Krise soll nicht nur die Wirtschaft wieder anlaufen, sondern das gesamte tägliche Leben. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Kommunen Unterstützung vom Freistaat erhalten. Denn es sind die Gemeinden und Städte, die Kitas betreiben, soziale Hilfen zur Verfügung stellen und Schwimmbäder betreiben. Wir fordern deshalb einen Schutzschirm in Höhe von 1,3 Mrd. Euro, um finanzschwache und von der Corona-Krise besonders betroffene Kommunen zu unterstützen.



DIE SPD-FORDERUNGEN UM GUT DURCH DIE CORONA-KRISE ZU KOMMEN

Familien und Senioren unterstützen und entlasten

Wir machen uns dafür stark, dass der Staat Familien in dieser Ausnahmesituation nicht allein lässt und fordert unter anderem, sie bei den Kita-Gebühren zu entlasten und beim „Homeschooling“ zu unterstützen. Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen dürfen auch in der aktuellen Situation nicht aus den Augen verloren werden. Wir wollen deshalb die Notbetreuung von Kitas und Schulen für Kinder aus belasteten Familien öffnen, Jugendämter besser ausstatten und Jugendverbänden sowie Trägern der Jugendarbeit unbürokratische Unterstützung zukommen lassen. Auch Frauenhäuser sollen weiter als Anlaufstelle für betroffene häuslicher Gewalt zur Verfügung stehen. Ältere und alleinstehende Menschen brauchen ebenso passgenaue Angebote während der Krise, um Einsamkeit vorzubeugen.

Solidarität mit Kulturschaffenden

Die Bereiche der Kunst, Kultur und Medien, die auf Publikum und öffentliche Veranstaltungen besonders angewiesen sind, sind überproportional von den aktuellen Absagen und der notwendigen „sozialen Distanzierung“ betroffen. Deshalb haben wir sie bei unseren Initiativen besonders im Blick: Wir wollen die Soforthilfen auch für Kulturschaffende öffnen und setzen uns für einen Rettungsschirm ein, der Einnahmeeinbrüche wegen Corona abfedern soll.

Verantwortungsvolle Schritte aus dem „Lockdown“

Wie geht es in den kommenden Wochen und Monaten weiter? Diese Diskussion wird derzeit intensiv geführt. Es kommt ganz entscheidend darauf an, mögliche Lockerungen in den unterschiedlichen Bereichen verantwortungsvoll und behutsam anzugehen.



JUSOS UND CORONA

von LEON HELMREICH

Sicher hat sich auch bei uns Jusos jede*r tapfere Wahlkämpfer*in, nach den anstrengenden Wochen, auf etwas Ruhe gefreut. Doch, dass so abrupt große Teile des Lebens stehenbleiben, damit hat wohl niemand gerechnet. Es war klar, auch wir müssen daheimbleiben. Vorerst wurden alle unsere wöchentlichen Sitzungen abgesagt. Und das gerade in der Zeit, in der so spannende und wichtige Themen auf den Tagesordnungen stehen.

Die Wahl ist vorbei und die Ergebnisse unserer Partei sind alles andere als erfreulich. Kein neues Gesicht hat es in die Stadtratsfraktion geschafft und der erhoffte Erfolg in der OB-Stichwahl blieb auch aus. Besonders bitter für uns Jusos, die wir die letzten Wochen mit so viel Energie gekämpft haben. Allen brannte es unter den Nägeln, über die Wahl und unsere Zukunft zu reden. Daher ist es unumgänglich, trotz der Krise in regelmäßigem Kontakt zu bleiben und den konstruktiven Diskurs unter den Mitgliedern aufrecht zu erhalten. Den besonderen Umständen zur Folge bleibt dafür aber nur ein Weg: der digitale. So wagten auch wir uns an die erste Onlinesitzung.

So viele Vorteile, wie beispielsweise das Wegfallen der Anreise, der digitale Austausch auch bietet, vor so viele Schwierigkeiten ist man gestellt. Um eine faire Diskussion zu gewährleisten, ist es wichtig, einige Regeln im Voraus aufzustellen, sonst passiert es leicht, dass der*die ein oder andere Teilnehmer*in ungebremst in einen langen Monolog verfällt. Doch mit Verstand

und klarem Plan, lassen sich nach einigen Startschwierigkeiten auch auf diesem Weg anregende Diskussionen führen. Besonders froh sind wir dabei, dass sich so viele Mitglieder beteiligen.

Schon nach der ersten digitalen Sitzung war klar, diese wird nicht die Letzte sein. Egal, ob die Wahl, die Zukunft der Partei oder das aktuelle Zeitgeschehen, es ist wichtig, dass alle die Möglichkeit haben, sich an der Diskussion zu beteiligen. Keine Krise darf Argument dafür sein, dies zu vernachlässigen. Gerade jetzt ist Zusammenhalt und Zusammenarbeit gefragt.

Für die nächsten Wochen sind weitere Sitzungen geplant, unter Anderem zur Corona-Krise. Wir wünschen uns spannende Diskussionen und hoffen, etwas Abwechslung zum außergewöhnlich ruhigen Alltag zu schaffen.

Auch auf anderem Wege versuchen sich Jusos in der Krise zu engagieren. So halfen beispielsweise einige Mitglieder älteren Menschen bei der Erledigung ihrer Einkäufe. Aber auch, wer momentan nicht aktiv Hilfe leisten kann, der weiß, dass Vermeiden sozialer Kontakte, das Nichtverlassen des Hauses und das Einhalten einfacher Hygieneregeln sind eine Frage der Solidarität mit der Risikogruppe in unserer Gesellschaft. Wir wollen alle zusammenhelfen, um diese Krise gemeinsam zu bewältigen.

Abschalten kommt für uns Jusos nicht in Frage. Wir blicken nach vorne. Denn trotz aller digitalen Möglichkeiten, freuen wir uns sehr auf ein Wiedersehen im KBZ und viele weitere gemeinsame Aktionen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben einen langen und intensiven Wahlkampf zur Kommunalwahl 2020 hinter uns. Nun würden wir gern Euer Feedback dazu hören.

Der Vorstand hat beschlossen, eine Kommission von Vertreterinnen und Vertretern aus den unterschiedlichen Parteigliederungen einzusetzen, die das Wahlergebnis und die Kampagne analysiert und konkrete Handlungsempfehlungen erstellt. Sie wird Eure Rückmeldungen nach ihrer Gründung ausführlich bearbeiten.

Habt ihr Anmerkungen, Kommentare oder Kritik und möchtet sie gerne loswerden? Dann schreibt uns eine E-Mail an wahlanalyse@spd-nuernberg.de.

Wir freuen uns über Eure Nachrichten!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Michael Arnold

Redaktion: Thorsten Brehm, Tim Koss, Andreas Mittelmeier, Nicole Scharrer

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Nürnberg

SPD

AUCH NACH DER KOMMUNALWAHL: KEIN FUSSBREIT FÜR RASSISTEN!



von RÜDIGER LÖSTER, Sprecher des Arbeitskreises gegen Rechts

Mit 5,7% der Wählerstimmen lag die AfD deutlich unter ihren bisherigen Wahlergebnissen bei der Bundestags-, Landtags- und Europawahl. Zusammen mit der Tatsache, dass die seit 18 Jahren im Stadtrat vertretene rassistische NPD-Tarnorganisation „Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)“ mit nur noch 0,55% nicht mehr im Stadtrat vertreten ist, ist das eine durchaus erfreuliche Entwicklung.

Die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“ stellt dazu fest: „Das ist auch uns, unseren Mitgliedern und weiteren Engagierten zu verdanken, die die AfD seit Langem klar als das benennen, was sie ist: rechtsextremistisch und rassistisch. Die Strategie des klaren Ausgrenzens und Nicht-Einladens zu Diskussionen und Veranstaltungen zahlt sich aus“.

Aber das Ergebnis zeigt auch: Wir haben in Nürnberg einen festen Anteil an Wähler*innen, die schon immer extrem rechts wählen. Die rechtsextremen „Republikaner“ profitierten vor Jahren erfolgreich davon ebenso wie die „BIA“. Mit der AfD ist in den letzten Jahren ein politischer Akteur hinzu gekommen, der nicht gewählt wird, obwohl er Nazis und Rassisten in seinen Reihen hat, sondern im Zweifel genau deswegen. Denn es gibt Menschen, die genau das wollen. Sie wollen eine ungleiche Gesellschaft.

Und für diese Wähler*innen spielte es keine Rolle, dass die AfD keinerlei kommunalpolitischen Vorstellungen für Nürnberg hatte. Inhaltlich war der Wahlkampf der AfD einheitlich für ganz Bayern von deren Landesverband vorgegeben, größtenteils mit bundespolitischen, nicht mit kommunalpolitischen Parolen und Forderungen.

In den nächsten sechs Jahren werden jetzt vier Vertreter der AfD im Stadtrat sitzen. Und lassen wir uns nicht täuschen, wenn sie versuchen sich als „gemäßigt“ zu geben. Sie sind Vertreter einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, dass die Politiker des rechtsextremen „Flügel“ zur „Mitte der Partei“ gehören. Vertreter einer Partei, die die gerade für Nürnberg aufgrund seiner Vergangenheit wichtige Erinnerungskultur um „180 Grad“ drehen will. Vertreter einer Partei, die sich einen Landesvorsitzenden Höcke leistet, der davon redet, dass „...ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein (wird). Und bei dem wird man, (...) nicht um eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit“ (...) herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden“. Und die AfD spaltet unsere Gesellschaft, für sie gehört nur zum deutschen Volk, wer dies durch Abstammung nachweisen kann. Sie fordert die Rückkehr zum Abstammungsprinzip. Der Bundestagsabgeordnete der AfD Gottfried Curio bezeichnet die Doppelstaatsangehörigkeit als „entarteten Pass“. Dies und viele weitere Beispiele unterstreichen den rassistischen

Volksbegriff der AfD. Und vergessen wir nicht: auf der Stadtratsliste der AfD kandidierte eine Frau, die vor nicht allzu langer Zeit noch Hitlerbilder verbreitete mit dem Text „Vermisst seit 1945. Wir brauchen dich“.

Deshalb ist eine deutliche inhaltliche Abgrenzung und eine selbstbewusste und konsequente Haltung demokratischer Politiker*innen und der Zivilgesellschaft gegen die demokratiefeindlichen, rassistischen, antisemitischen, antifeministischen, homosexuellenfeindlichen Positionen der AfD unbedingt notwendig.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion schreibt dazu:

> Mit der AfD kann und darf es keine Zusammenarbeit vor Ort geben. Dies würde nur zu einer Normalisierung ihrer rechtsextremen und rassistischen Positionen beitragen.

> Zudem sollten alle wachsam bleiben und sich auf keine „Spielchen“ der AfD einlassen. Vorkommnisse wie in Thüringen haben anschaulich aufgezeigt, wie die AfD demokratische Mittel nutzt, um die Demokratie von innen heraus lächerlich zu machen und zu zerstören.

Für uns gilt: wir handeln als Demokrat*innen im Engagement gegen Rassismus, gegen Rechts parteiübergreifend! Wir beziehen alle gesellschaftlichen Gruppen dabei ein: Verbände, Vereine, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften. Wir geben Rassismus, rechter und nationalistischer Hetze keinen Raum! Nirgends!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



#SolidarischNichtAlleine

Am 1. Mai wird es in diesem Jahr keine Demos und Kundgebungen auf den Straßen geben. Deshalb wird der Tag der Arbeit diesmal etwas anders begangen - nämlich digital. In den sozialen Netzwerken wird es zahlreiche Aktionen und auch einen Livestream geben. Zum Beispiel hier:

- > Auf www.spd.de sowie den Social-Media-Kanälen der SPD mit dem Hashtag [#gema1nsam](https://twitter.com/gema1nsam)
- > Auf www.dgb.de/erstermaj und den Social-Media-Kanälen des DGB mit dem Hashtag [#SolidarischNichtAlleine](https://twitter.com/SolidarischNichtAlleine)

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus sind wir alle derzeit dazu angehalten, zu Hause zu bleiben und solidarisch zu sein. Aus diesem Grund müssen einige Termine erst mal ausfallen.

Um auf dem neuesten Stand zu bleiben, informieren Sie sich am besten auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de. Dort finden Sie alle aktuellen Informationen rund um anstehende und abgesagte Termine.

bleiben Sie gesund!